

5./9. 1914.

84

## Eine Hilfsaktion für stellenlose Privatangestellte.

Donnerstag fand im Niederösterreichischen Gewerbeverein eine Besprechung statt, welche die Organisation einer Fürsorgeaktion speziell für Privatangestellte, die durch den Krieg ihren Posten eingebüßt haben, bezweckte. An der Besprechung nahmen teil: in Vertretung des Ministeriums des Innern Sektionsrat Dr. Ritter v. Marquet, für das Handelsministerium Ministerialsekretär Dr. Lederer, für das Ministerium für öffentliche Arbeiten Oberbürgermeister Hof und Magistratssekretär Dr. Hofner, für die Handelskammer Dr. Perels, für den Industriellenklub Generalsekretär Raunig, für den Bund österreichischer Industrieller Reichsratsabgeordneter Friedmann, für den Verein reisender Kaufleute Vizepräsident Epstein, für den Ersten Wiener Konsumverein Frau Elise Beer-Angerer und Professor Richard Singer, ferner Ehrenpräsident des Gewerbevereines Geheimer Rat Dr. Guenz, Präsident Schiel, die Vizepräsidenten Regierungsrat Fris und Stoll, die Mitglieder der Verwaltung Sektionsrat Dr. Karminski, kaiserlicher Rat Krause, Kommerzialrat Ehrenfest-Egger, Baurat Schwerdtner, Dr. Herzog und als Referent Dr. Friedrich Leiter.

Nachdem der Vorsitzende Präsident Schiel die Vertreter der Ministerien und der Gemeinde Wien sowie der Korporationen begrüßt hatte, ersuchte er den Referenten Dr. Friedrich Leiter, der die Aktion angeregt, seine Vorschläge zu erstatten. (Wir bringen das Referat an anderer Stelle.)

Zu der Debatte verweist zunächst Vizebürgermeister Hof auf die von der Gemeinde eingeleitete Arbeitslosenfürsorge, die ebenfalls die Intelligenzberufe durch mögliche Zuweisung von Geldbeträgen an Stelle von Naturalbezügeln und Ausweisungen zu unterstützen suche. Es würden sich Schwierigkeiten, hauptsächlich der Differenzierung nach Berufen ergeben. Hinsichtlich des Beitrittes zu einem zu konstituierenden Komitee könne sich Redner momentan nicht aussprechen. Vizebürgermeister Hof bittet Dr. Leiter, sein Referat dem Bürgermeister zur Verfügung zu stellen, damit die Vorschläge geprüft werden können.

Reichsratsabgeordneter Friedmann glaubt, daß es sich vorläufig nur darum handeln könne, diese Aktion auf Wien und eventuell auf Niederösterreich zu strecken. Weiter wäre vor allem zu konstatieren, welche Betriebe voll arbeiten, welche den Betrieb eingeschränkt, beziehungsweise Personal entlassen haben. Weiter wäre auch festzustellen, welche Betriebe für Militärzwecke arbeiten. Der Bund der Industriellen werde jedenfalls sich dieser Fürsorgeaktion mit aller Kraft anschließen.

Dr. Herzog schlägt die Schaffung von Ausweisspeisehallen nach dem Muster von Berlin vor. Es wird gewiß nicht schwer fallen, in den einzelnen Bezirken Lokale gratis zu bekommen, in welchen für eine gewisse Anzahl von Arbeitslosen Mahlzeiten zubereitet werden können. Diese Arbeitslosen wären durch ein Zentralkomitee oder von den Arbeitgebern mit Speisemarken zu versehen, gegen welche sie ein Mittagessen in einer dieser Speisehallen zu bekommen hätten.

Sektionsrat Dr. v. Marquet begrüßt als Vertreter des Ministeriums des Innern die Anregung der Fürsorgeaktion für Privatangestellte und bemerkt, daß es bereits von verschiedenen Seiten versucht worden sei, die Intelligenzberufe für die Zeit ihrer Stellungslosigkeit zu versorgen. Sämtliche bisher unternommenen Aktionen seien jedoch mehr oder weniger mißlungen. Eine Arbeitsvermittlung ist derzeit so gut wie ausgeschlossen, und so muß auf

anderweitige Art eine Unterstützung geschaffen werden. Man sollte vor allem einen Appell an das soziale Gewissen der Dienstgeber richten, wenn tunlich, Kündigungen möglichst zu vermeiden, und dürfte dieser Appell gewiß von Erfolg begleitet sein. Die von Dr. Leiter gemachten Vorschläge seien durchaus zu beachten und sehr dankenswert, auch insoweit sie eine direkte Unterstützung an jene Privatangestellten beabsichtigen, die sich scheuen, an eine öffentliche Hilfsstelle heranzutreten und die auch nicht das Geld haben, sich ein Mittagessen, und sei es auch zu einem geringen Betrage, zu kaufen. Hier sind namentlich auch Familien mit ein bis drei Kindern zu rechnen, bei denen die Inanspruchnahme einer BezirksSpeisehalle schon einen Betrag von K. 1.20 bis K. 2 täglich erfordern würde. Die von der Gemeinde Wien organisierte Aktion sei etwas anderes als die hier in Rede stehende, da es sich bei dieser um die Angehörigen der Intelligenzberufe handelt, für die einigermaßen andre Bedingungen in Frage kommen. Redner stellt eventuell auch eine materielle Förderung der Aktion in Aussicht.

Sektionsrat Dr. Karminski ist der Ansicht, daß es sehr schwierig sein wird, den Vorschlag Dr. Herzogs, nämlich die Schaffung von billigen Speisehallen zu realisieren, denn man könne die Privatangestellten nicht dazu zwingen, sich dieser billigen Volksküchen zu bedienen. Die Frage, ob wir ein spezielles Komitee bilden sollen, wäre davon abhängig zu machen, ob die Gemeinde Wien nicht gewillt wäre, die von uns beabsichtigte Sonderaktion, nämlich die Fürsorge für Privatangestellte in ihr großzügiges Programm der Unterstützung Arbeitsloser zu übernehmen und beantragt Redner, eine diesbezügliche Anfrage an die Gemeindevertretung zu richten. Eventuell wäre eine Kooperation mit der Gemeinde zu empfehlen.

Professor Singer bemerkt, daß er sich als Vorstandsmitglied des Ersten Wiener Konsumvereines mit dieser Frage bereits beschäftigt habe und gestehen muß, daß diese Fürsorgeaktion sehr schwierig sei, denn wir haben es hier mit einer sogenannten verschämten Armut zu tun. Schon deshalb ist eine separate Aktion notwendig. Daß diese Fürsorgeaktion von Arbeitgebern in die Hand genommen wird, ist außerordentlich wichtig, denn es wird auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur günstig wirken.

Vizepräsident Epstein des Vereines Reisender Kaufleute gibt bekannt, daß in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung des Vereines darauf hingewiesen wurde, daß die wichtigste Hilfe für die Arbeitslosen eben die Arbeit sei, die Möglichkeit, ihre bisherige Arbeit, wenn auch gegen herabgeminderten Gehalt, zu behalten. Ein diesbezüglicher Appell an die Arbeitgeber müßte auch die allererste Aktion des zu schaffenden Komitees bilden. Weiter könne man die stellenlosen Privatangestellten durch Zuweisung von Geldbeträgen unterstützen. Die erforderlichen Mittel könnte eventuell die Handelskammer durch Erhöhung der Umlage zur Verfügung stellen. Weiter müßte an die Regierung um einen entsprechenden Beitrag herangetreten werden. Der Verein Reisender Kaufleute hat sich an die Behörden mit dem Vorschlage gewendet, daß die Kündigung auf drei Monate erstreckt wird, und eine solche auf sechs Wochen vor Ablauf des Quartals unstatthaft sei. Weiter habe der Verein Reisender Kaufleute beschlossen, 50.000 K. für die Fürsorge der Privatangestellten zu verwenden, und gleichzeitig seine Mitglieder aufgefordert, den heurigen Mitgliedsbeitrag zweimal einzuzahlen, statt 40 K. also 80 K., um diesen Betrag dem genannten Zwecke zuzuführen.